

Die Reichsbahnverwaltung wagt sich, den Reichsbahnbeamten denselben Urlaub zu gewähren und hat insbesondere den Urlaub der unteren Befoldungsgruppen gegenüber dem Urlaub der Reichsbeamten der entsprechenden Gruppen wesentlich verkürzt.

Die Reichsbahnverwaltung ist der Ansicht, daß sie mit dem Uebertritt aus dem Reichs- zum Reichsbahndienst ihre Rechte nicht verloren hat. Sie wird in dieser Ansicht bestärkt durch den § 22 des Reichsbahngesetzes, nach dem die Rechts- und Dienstverhältnisse der Reichsbahnbeamten in Anlehnung an die für Reichsbeamten geltenden Vorschriften geregelt werden sollen.

Da die Reichsbahnverwaltung sich weigert, der Reichsbahnbeamtenentschaft in der Urlaubsfrage ihr Recht zu gewähren, gestatten wir uns die Anfrage, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um die Reichsbahnbeamtenentschaft vor schwerer Benachteiligung zu schützen und um den gerade für die Reichsbahnbeamtenentschaft dringend erforderlichen Urlaub entsprechend dem Erholungsurlaub der Reichsbahnbeamten sicher zu stellen.

Im Zusammenhang damit sind folgende Meldungen von Interesse:

**Rotterdam, 13. Mai.**

„Daily Telegraph“ meldet aus Berlin:

Die deutsche Reichsbahn soll auch für Monat April mit einem nicht günstigen Ergebnis abschließen. Soweit Mitteilungen von Mitgliedern des Verwaltungsrates vorliegen, wird es notwendig sein, zu einer Vereinfachung in der Verwaltung und der Arbeitsleistung zu gelangen. Der Erhöhung der Gütertarife leistet die Reichsregierung entschiedenen Widerstand.

**Berlin, 13. Mai.**

Gestern hat in der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahnverwaltung eine Sitzung der Direktionspräsidenten stattgefunden, in der die Präsidenten allgemein über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Reichsbahnverwaltung orientiert wurden. Der stellvertretende Generaldirektor Staatssekretär a. D. Siewer nahm Gelegenheit, darauf hinzuweisen, welcher Anstrengungen es bedürfe, um den an die Reichsbahn in volkswirtschaftlicher wie in privatwirtschaftlicher Hinsicht herantretenden Anforderungen gerecht zu werden. Es bedürfe der größten Sparsamkeit, doch würden Angaben über die notwendigen Maßnahmen nicht gemacht. Dagegen wurde von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß der Personalbestand der Reichsbahn im Augenblick 765 000 Köpfe betrage, im Frieden dagegen nur 700 000 Köpfe betrug, sodas ein weiterer Abbau in gewissen Grenzen unvermeidlich sein dürfte. Die von anderer Seite gegebene Darstellung, wonach Staatssekretär a. D. Siewer erklärt habe, die Zahlung von Pensions- und Wartegeldern müsse grundsätzlich vermieden werden, trifft jedoch nach Mitteilungen von zuständiger Stelle nicht zu.

#### Landwirtschaftsetat im Reichstag

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter  
**Berlin, 13. Mai.**

Der Reichstag begann heute die Beratung des Haushaltes für Ernährung und Landwirtschaft. Das Haus zeigt das gewohnte Bild der Leere, wie man es bei den Staatsberatungen meistens beobachten kann. Selbst Tribünenbesucher, die sich gewöhnlich sehr zahlreich einfanden, waren nur ganz spärlich vertreten. Sie schienen sich heute einen Ruhetag zu gönnen, da sie von den Erinnerungen an die gestrige Sitzung noch zu zehren haben. Für die Verhandlungen im Hause hat der Ausschuss, über dessen Verhandlungen der demokratische Abgeordnete Dietrich-Baden berichtete, ein sehr reichhaltiges und buntgezeichnetes Programm vorbereitet. Unter anderem soll verhandelt werden über Zollschutz und landwirtschaftliche Kredite, Grünlandwirtschaft und Dedlandkultur, Seefischwirtschaft und Bienezüchtung. In der Aussprache kam zunächst ein Sozialdemokrat und ein Deutschnationaler zu Wort, also die Vertreter von zwei entgegengesetzten Weltanschauungen, wobei zu bemerken ist, daß die zwischen beiden Richtungen bestehende Kluft sich noch vertieft, wenn von der Landwirtschaft die Rede ist. Natürlich drehten sich die Auseinandersetzungen in der Hauptsache um die Frage: Schutzzoll oder Zollfreiheit? Durch lange Reden können nun derartig schwierige wirtschaftliche Fragen nicht entschieden werden. Deshalb bleibt für den in die Geheimnisse und Tiefen der Volkswirtschaft nicht eingeweihten Zuhörer oder Leser nach wie vor die zweifelhafte Frage: Was ist Wahrheit?

### Die Lage in Marokko ernst

Aus Paris wird geschrieben:

Das Marokkoproblem wird nachgerade zum brennenden Problem der französischen Öffentlichkeit. Nach allgemeinen Eindrücken zu schließen, verkennt niemand mehr den Ernst der Lage. Man glaubt allgemein, daß die Ereignisse sich in den nächsten Tagen fieberhaft zuzugewinnen werden. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß Abd el Krim nunmehr gewillt ist, dem Entscheidungskampf nicht auszuweichen. Das Gros der Ritttruppen wird augenblicklich in Scheichhausen konzentriert. Auf beiden Seiten werden die Stellungen fieberhaft besetzt und alle verfügbaren Reserven herangezogen. So gingen heute zwei weitere Batterien des 33. Artillerieregiments ab. Bei St. Martha bei Marjeille wird ein Eliteregiment gegründet und nach Casablanca gebracht, das von dort aus an die Front geführt

werden soll. Maschinengewehrstellungen in Perpignan und Draguignan haben ebenfalls Anweisungen erhalten, sich für den Ausbruch nach Marokko bereit zu halten.

Auf französischer Seite macht man sich auf blutige und verlustreiche Kämpfe gefaßt. Marshall Bayatey scheint die Absicht zu haben, die Offensiv erst wieder zu ergreifen, wenn alle Vorbereitungen getroffen sind.

Nach einem Angriff ist es den Rittleuten gelungen, auf einer Breite von 30 Kilometern in die französische Stellung einzubrechen. Das unmittelbare Ziel der französischen Oberkommandos besteht nun darin, die Front durch raschen Angriff auf die eingebrungenen feindlichen Stützpunkte wieder herzustellen. Die Frage ist nur, so meint „Intransigant“, ob die französischen Truppen rechtzeitig an der Grenze halt machen und nicht in der Hitze der Verfolgung in die spanische Zone hinübergerissen werden. Abd el Krim wird die Absicht zugeschrieben, die äußerste französische Linke bei El-Ribane zu überflügeln. Seit einigen Tagen werden an diesem Ort verdächtige Truppenbewegungen beobachtet. In den Blättern herrscht allgemein der Eindruck vor, daß die Rittsoldaten von Offizieren befehligt werden, die ihre Feuerkraft auf europäischen Schlachtfeldern bestanden haben.

Auf dem Drahtwege erfahren wir dazu noch:

**Paris, 14. Mai.** Die „Agence Havas“ meldet aus Rabat: Die Operationen zur Befreiung der noch umzingelten französischen Posten in Marokko schreiten normal fort. Die Rittleute haben sich auf das Gebirge von Bibane auf eine Schlüsselstelle zurückgezogen, die nach modernen Kriegsprinzipien ausgebaut sei. Die französischen Abteilungen entwickelten ihren Angriff unter den besten Bedingungen. Nach den letzten Nachrichten sollen sie eine großen Erfolg gehabt haben.

### Sächsischer Landtag

Die Veräußerung des Hartwaldes bei Leipzig an die A.-G. Sächsische Werke führte in der Dienstag-Sitzung des Landtages zu einer außerordentlich interessanten Auseinandersetzung über die Einstellung zur Staatswirtschaft im allgemeinen und zur Veräußerung von Waldbesitz im besonderen. Veranlassung dazu gab eine Anfrage der Deutschnationalen, wie die sächsische Regierung die Veräußerung des Hartwaldes zu rechtfertigen gedenke, ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Einstellung der Verhandlungen mit der Stadt Leipzig wegen Erhaltung des Hartwaldes und ein Antrag der Kommunisten, den Hartwald als Naturschutzgebiet zu erklären. Im Zusammenhang damit wurde ein Antrag der Deutschnationalen beraten, der den Erlaß eines Gesetzes gegen die Veräußerung von Großstadtwaldgelände fordert. Im Besonderen wird in diesem Antrage auf die Bedrohung der Dresdener Heide durch Abgabe von Baugelände hingewiesen.

Finanzminister Dr. Reihardt ging in sehr ausführlicher Rede auf die Hartwaldangelegenheit ein und benutzte die Gelegenheit, seine Auffassung über die Staatswirtschaft zum Ausdruck zu bringen. Er habe volles Verständnis für die Privatwirtschaft, diese aber müsse weichen, wenn es sich um die Energie-Erzeugung handelt. Besonders betonte der Minister, daß er, solange er an seinem Posten stehe, für die Durchführung der Pläne der A.-G. Sächsische Werke mit aller Energie eintreten werde. Seine weiteren Ausführungen zur Verteidigung der Ueberzeugung des Hartwaldes an die Sächsischen Werke waren stark auf die linke Seite des Hauses zugeschnitten, vor der der Minister starke Verbeugungen machte, wobei er es auch nicht verschmähte, durch nicht einwandfreie Zitate aus früheren Landtagsprotokollen die Rechtsparteien lächerlich zu machen. Er hatte dafür am Schluß seiner Rede die Genugtuung, daß ihm der Führer der Linksozialisten, der Abg. Schwarz, ostentativ glückwünschend die Hand schüttelte. Abg. Gündel (Dnt.) rief dann an der Hand der Landtagsprotokolle dem Minister nach, daß er falsch zitiert hatte. Die Anträge wurden dem Haushaltsausschuss zur Weiterberatung überwiesen. Darauf wurden noch einige kommunistische Anträge wegen des Verbotes der kommunistischen Presse beraten. Nächste Sitzung Donnerstag, den 14. Mai, 1 Uhr. Tagesordnung: Etat-Kapitel, Eisenbahnfragen usw.

#### Verlängerung der Polizeistunde in Sachsen?

Wie verlautet, sind im sächsischen Ministerium des Innern Bestrebungen im Gange, die Polizeistunde, die bisher auf 1 Uhr nachts festgesetzt war, generell um ein bis zwei Stunden zu verlängern. Ausschlaggebend für diese Haltung sei, daß die Polizeistunde in zahllosen unkontrollierbaren Fällen heimlich überschritten wird, und zwar meist in zweifelshaften Lokalen, die unter Umständen schwere sittliche und gesundheitliche Gefahren in sich bergen. Ferner hielten die früheren Hemmungen bezüglich der Einschränkung des Stromverbrauches heute völlig weg, im Gegenteil die technischen Betriebe der Gemeinden hätten in den meisten Fällen sogar ein Interesse daran, den Leerlauf der Elektrizitätsanlagen während der Nacht durch einen ge-

wissen Verbrauch etwas abzumildern. Obendrein habe sich die Polizeistundenbeschränkung bei Kongressen und sonstigen Tagungen als verkehrsfeindlich erwiesen. Da das sächsische Ministerium des Innern bei der Neuregelung der Polizeistunde in dieser Frage vom Reich abhängig sei, werden sich die ersten Schritte der Regierung zunächst in dieser Richtung bewegen.

### Hindenburgfeier

der Vaterländischen Vereine

Das alte schöne Bild, wie wir es von Bismarck und anderen Feiern der Vorkriegszeit gewohnt waren, bot sich uns gestern im Fremdenhof „Drei Schwanen“: ein festlich geschmückter Saal, vor der Bühne das Bild des Gefeierten, der diesmal Hindenburg hieß, auf der Bühne eine schneidige Kapelle, und dazu eine zahlreiche Besucherzahl, die sich im Verlaufe der ersten Darbietungen noch vermehrte, sodas schließlich der Saal gut besetzt war.

Mit dem Friedericus-Ker-Marsch eröffnete gegen 7/9 Uhr die hiesige Stahlhelm-Kapelle unter Leitung des Herrn Georg Zwingenberger den Abend, an dem wir — um dies vorwegzunehmen — noch manchen alten schönen Marsch, manch vaterländisches Lied von ihr hören durften. Dann sprach Herr Fritz Reihardt, Vorsitzender des Arbeitsausschusses vaterländischer Vereine und Verbände, einige kurze Worte der Begrüßung, die insbesondere dem Redner, Herrn Professor Dr. Pache-Zwidan, Herrn Kantor Schiefer und seinem gemischten Chor sowie der Kapelle galten. Zweck und Ziel des Ausschusses ist, so führte er weiter aus, alle vaterländischen Vereine unserer Stadt zur Durchführung vaterländischer Werke zusammenzufassen. Hoherwachtlich ist die Veranlassung zum heutigen ersten Auftreten in der Öffentlichkeit: die Wahl Hindenburgs, die doch einen großen Schritt vorwärts bedeutet. Er wird nicht sofort unmögliches erreichen können, aber das Mögliche wird er tun. Der heutige Abend soll eine erste Mahnung sein für uns alle, weiterzuarbeiten für den nationalen Gedanken, für den Tag, an dem wir als Volk wieder frei sein werden. Der Kirchenchor St. Christophori sang dann unter Leitung des Herrn Kantor Schiefer: „Der 12. Psalm“ von P. Prehl, sowie „Wach auf!“, Chor a. b. „Meisterliedern“ von Richard Wagner und erstete damit reichen Beifall.

Dann nahm Herr Professor Dr. Pache-Zwidan das Wort zu einer äußerst packenden vaterländischen Ansprache, in der er u. a. ausführte: „Es ist Frühling geworden in deutschen Landen“: dieses 1869 zuerst ausgesprochene Wort hat auch heute wieder seine Berechtigung. Frühling ist's in der Natur, Frühling aber auch im Leben unseres Volkes, dessen Geschichte heute einen neuen Abschnitt beginnt. Der nationale Gedanke hat sich durchgerungen, er ist auf dem Marsche und läßt sich nicht aufhalten. Drei Weltkriege hat er in den letzten 14 Jahren zu verzeichnen: die Begeisterung im August 1914, die Erhebung, als 1923 das Ruhrgebiet besetzt wurde, und 1925 die Wahl Hindenburgs. Zweimal wurden wir um die Früchte der Erhebung betrogen, ein drittesmal darf das nicht geschehen. Alle Weltgenossen wollen, daß es nicht so bleiben soll wie jetzt, aber jeder stellt sich das „Wie“ anders vor! Daher drei Männer im 2. Wahlgange der Präsidentenwahl: Marx zeigte uns die Besserung auf dem Wege der Parteiherrschaft, Thälmann die Diktatur nach Moskauer Rezept, Hindenburg aber will uns den Weg führen, den er in seinen zwei Vorkämpfen gezeigt hat: er hat die ganze Nation im Auge, er steht über den Parteien; er weiß, daß Väterlichdiale reifen müssen. Sein Programm ist seine Weltanschauung! Nach diesen mehr einleitenden Ausführungen verbreitete er sich des längeren über die Wahl und ihren Ausgang und betonte, daß die Wahl Hindenburgs die Rettung unseres Volkes, die Rettung aus der Parteiherrschaft bedeutet. Der Mangel an Persönlichkeit, und die Frucht vor der Persönlichkeit haben seit Bismarck unsere Politik beherrscht, denn auch Wilhelm der Zweite und Bethmann-Hollweg waren keine solchen Persönlichkeiten. Scharf ins Gericht ging der Redner dann mit den Männern der Revolution: einem Scheidemann, Erzberger, Rathenau, Wirth, und auch mit dem Reichstag, der immer Mangel an Willenskraft und Freude an der Zweierlei gezeigt habe. Jetzt haben wir eine Persönlichkeit: Hindenburg; er soll kein Diktator sein, wie Napoleon, sondern ein Mann und ein Mensch. Er glaubt noch an das deutsche Volk und an seine Zukunft, er verlor aber auch unsere beste Vergangenheit. Die Geschichte hat ihn uns aufgespart: darin liegt eine Größe, die unbeschreiblich ist. Hindenburg bringt ein Opfer, wie es 1914 so viele junge Deutsche brachten, das aber heute hoffentlich nicht umsonst sein wird. Zwei Empfindungen beherrschen uns heute: die Dankbarkeit gegen Hindenburg und das Gefühl, einem Abgrund entronnen zu sein, aber jetzt beginnt für jeden nationalen Mann erst der Dienst am Volke. Trotz der traurigen Verhältnisse nach der Revolution, besonders im Bürgertum, waren im Innern geheime Kräfte für eine Besserung wirksam: der Neuaufbau unserer Handelsflotte, die Aufbaubarkeit der Reichswehr, die Erfindungen der letzten Monate, die Erhaltung der vaterländischen Wehrverbände beweisen dies. Nicht auf die Staatsform — Monarchie oder Republik — kommt es an, sondern auf die Persönlichkeit. Hindenburg gibt uns Vertrauen auf die Zukunft, denn er weiß, was möglich ist, und wird nichts überbürden. Er sagte als erster an der höchsten Reichsstelle, daß das Bestehen der Kriegsschuld Deutschlands fallen muß. Das bedeutungsvolle Wort: er lüft das Signal zum Sammeln, bisher blies man nur Schamade. Heute gilt das Wort aus Ludwigs Drama: „Die Makbaber“: Herr, sende Deinem Helden bald ein Volk! Möge Hindenburgs schönstes Wort: „Treue ist das Mark der Ehre!“ recht bald zur Wahrheit werden.

Der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes und ein von Herrn Reihardt ausgebrachtes, und von allen begeistert aufgenommenes Hoch auf Hindenburg, Volk und Vaterland gaben den packenden Worten des Redners den richtigen Abschluß. An den Reichspräsidenten von Hindenburg wurde folgendes Telegramm abgeschickt:

Dem treuen Eckart des deutschen Volkes Gottes Segen zu weiterem Wirken für Deutschlands Zukunft.

Arbeitsausschuss vaterländischer Vereine.

Der Kirchenchor St. Christophori sang dann noch „Die Nachtigall“ von F. Mendelssohn-Bartholdy und „Im Frühling“ von C. Loewe, die unermüdete Kapelle spielte einige zündende Märsche, worauf gegen 12 Uhr die Veranstaltung ihr Ende fand.

### Öffentl. Gemeindeverordnetenitzung

in Obernugwitz am 14. Mai d. J.

Es sind 21 Mitglieder und drei Herren vom Gemeinderat anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende einen Geschäftsordnungsantrag des Gv. Freitag bekannt, Punkt 11. betr. Haushaltsplan 1925, von der Tagesordnung abzusehen, da ein entsprechendes Vorbereiten infolge ungenügender Zeit nicht möglich war. Die Mitglieder erklären sich damit einverstanden. — Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag, ein Gesuch in der öffentlichen Sitzung zu behandeln, findet Ablehnung. — Weiter verliert der Vorsitzende eine Mißbilligung der kommunistischen Fraktion darüber, daß anlässlich der Verteidigung des neuen Reichspräsidenten von Hindenburg das Rathaus und die öffentlichen Gebäude besetzt haben. Bürgermeister Riedel erklärt, daß er lediglich einer ministeriellen Verordnung nachgegeben ist. — Die Mitglieder werden in Kenntnis gesetzt von einer in Glauchau stattgefundenen Sitzung der Brandversicherungskammer. Der Feuerzettel soll im Glauchauer Bezirk erhöht und eine Automobilspritze angeschafft werden. Dieser Absicht kann sich der Bezirk nicht anschließen, da ihn eine Spritze für nicht genügend erscheint. Die Brandversicherungskammer gewährt darum eine Beihilfe von 3000 Mark an drei Gemeinden zur Beschaffung einer Motorspritze. Gesdorf hat beschlossen, sich eine solche anzuschaffen. Der Kostenanschlag dürfte sich auf etwa 3000 Mark belaufen. Auch die hiesige Gemeinde beabsichtigt, dem nachzutun. — Ein kleiner Austausch findet über die Anliegerbeiträge statt. Diese sollen in der nächsten Sitzung beschlossen werden. — Die Gv. Verordnungsmitglieder sind geschäftig, ebenso die Arbeiten auf der Kugelerstraße im Gange; verschiedene Kostenanschläge liegen dem Gemeinderat vor. — Von dem Empfehlungsjahre eines hiesigen Handwerkers nimmt man Kenntnis. — Es hat sich notwendig gemacht, wegen der Pachtung der Autohalle mit Herrn Richard Henry einen Vertrag abzuschließen. Der Vertragsentwurf wird angenommen. — Die Veränderung der Schulensätze an der Reichenbachstraße wird von den Mitgliedern anerkannt. — Herr Prokurist Unger hat an die Gemeinde ein Gesuch gerichtet und gebeten, sein ihm von dieser überlassenes Bauland von 500 Quadratmeter auf 2000—2500 Quadratmeter zu erweitern. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuss hat das Gesuch begründet abgelehnt. Bürgermeister Riedel schlägt ein Bauland von etwa 1000 Quadratmeter vor und findet damit das Einverständnis der Mitglieder. — Die Schulleitungen der oberen und unteren Schulen haben um Fernsprechananschluß in den Schulen ersucht. Der Finanz- und Verfassungsausschuss hat eine Dringlichkeit nicht anerkennen können und darum Ablehnung des Gesuchs empfohlen. Die Mitglieder sind jedoch anderer Meinung und beschließen, dem Gesuch der Lehrerschaft nachzugeben. — Ferner liegt ein Gesuch der Lehrerschaft der oberen Schule, betr. Anschaffung von Bänken für zwei Zimmer vor. Der Finanz- und Verfassungsausschuss erkennt die Notwendigkeit, zwei Zimmer mit Bänken zu versehen, wofür er, schlägt aber vor, bis zum kommenden Jahre zu warten, da augenblicklich keine Mittel verfügbar sind. Nächsten Jahr soll dann sowie mit einem Schulbau begonnen werden. Hierüber entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Ein Vorschlag des Bürgermeisters, die Angelegenheit nochmals zurückzustellen, da eben keine Mittel zur Anschaffung vorhanden sind, wird nicht angenommen. Der Haushaltsplan soll revidiert werden, um doch Mittel herauszuschlagen. Das Gesuch findet Zustimmung. — Die Hundeklassen für die vertriebenen Einwohner des Landgrabens werden abgelehnt. — Dem Gesuch der Sanitätskolonne um Erhöhung der bereits bewilligten Vergütung wird entsprochen. Gemeinderat, Finanz- und Verfassungsausschuss haben eine Beihilfe in Höhe von 100 Mark aus Fürsorgemitteln vorgeschlagen. Die Mitglieder nehmen den Vorschlag an. — Einem anderen Gesuch der Sanitätskolonne um Zulassung zweier Mitglieder zum Wohlfahrtsausschuss kann nicht entsprochen werden, da der Ausschuss schon zu viel Mitglieder zählt. Das Gesuch findet darum Ablehnung. — Die Wohnungsbauabgabe erfordert eine sehr lange Aussprache, da die Mitglieder ihre verschiedenen Meinungen und Standpunkte in größeren Diskussionen zum Ausdruck bringen. In einer früheren Sitzung wurde beschlossen, 20 Wohnungen zu errichten. Nunmehr hat sich die Industrie erbötig, mitzubauen, wenn sie entsprechende Unterstüzungsmittel durch die Gemeinde erhält. Das